Das Reichsbanner

Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold / Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer E. V. / Sitz Magdeburg

Erscheint am 1. u. 15. jedes Monats. Bezugspreis 90 Pfg. vierteljährl., Einzelnummer 20 Pfg. Postzeitungsliste 10. Nachtrag S. f. Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münzstr. 3. Fernruf 6265, 6266, 6267. Postscheck 122 Magdeburg. Redaktionelle Leitung Karl Höltermann. Verantwortl. Redakteur Karl Wiegner, beide in Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen E. Schuppe, Magdeburg. Alleinige Anzeigenannahme: Anzeigenverwaltung des Reichsbanners, Oranienstraße 3. Telephon 4619. Postscheck 2625 Magdeburg. Schluß der Anzeigenannahme am 8. und 23. jedes Monats. – Insertions-Bedingungen: Die 9gespaltene Millimeter-Zeile im Anzeigenteil 40 Gold-Pfg., die 3gespaltene Millimeter-Zeile im Reklameteil 3 Gold-Mark. – Beilagen nach Vereinbarung.

Nr. 16 | **Magdeburg, Verfassungstag** | **Jahrgang 1927**

Verfassungstag

Verfassungsfeiern, Feiern, die wirklich diesen Namen verdienen, gibt es in Deutschland erst seit jener ersten Verfassungsfeier 1924, die das eben gegründete Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Weimar veranstaltete.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist keine Parteigründung, keine Parteisache und keine Parteiangelegenheit. Es ist geboren aus dem Willen, die Republik und ihre Verfassung zu verteidigen, sie nicht zum Spielball des Parteikampfes, aber auch nicht zum Handelsobjekt der Parteien werden zu lassen. An der Wiege des Reichsbanners standen Männer aus verschiedenen Parteilagern, aber nicht die republikanischen Parteien, nicht die Parteivorstände und nicht die Fraktionen. Das Reichsbanner ist nicht auf Befehl der Parteien entstanden und wird nicht auf Kommando der Parteien auseinander laufen. Wem das Ticktack seiner Partei wichtiger ist als unsre Aufgabe — der soll uns fernbleiben oder sich von uns trennen. Aber wir wehren uns gegen jeden Versuch, Parteienstreit auf unserm breiten Rücken auszutragen.

Wir bleiben zusammen bis unsre selbstgesetzten Ziele erreicht sind. Für was wir kämpfen, in welchem Geiste wir kämpfen — es ist nie wieder besser gesagt worden, als bei jener ersten Bundesverfassungsfeier in Weimar. Wir bekennen uns neu zu jenen Reden und Rednern von Weimar und wiederholen die Kernstücke zu diesem Verfassungstag 1927.

*

Dr. Bärensprung, Magdeburg:

Wir Reichsbannermänner, mögen wir der Sozialdemokratischen, der Demokratischen Partei oder dem Zentrum — oder einer andern republikanischen Partei — angehören, wissen genau, daß wir nicht in allen Fragen der Politik eines Sinnes sind und auch nie eines Sinnes sein werden. Wenn trotzdem die Anhänger der republikanischen Parteien sich zusammengetan haben, um die Verfassung von Weimar zu schützen, so geschieht das aus der Erwägung heraus, daß eben alle Parteien das große, brennende Interesse daran haben, daß über den notwendigen politischen Kämpfen Deutschland nicht zugrunde geht.

Deutschland wird nicht eher zur Ruhe kommen, als bis einmal der Kampf um die Staatsform aufgegeben ist. In Amerika, in England, in der Schweiz denkt niemand daran, die Staatsform, die Verfassung anzugreifen, sondern jede Partei — ob sozialistisch oder konservativ oder liberal — mit Ausnahme der extremen Kommunisten sagt: Diesen Staat mit dieser Verfassung wollen wir mit den durch die Verfassung gegebenen Mitteln erobern. Daß es in Deutschland dahin kommt, daran laßt uns arbeiten.

*

Reichsminister a. D. Dr. Hugo Preuß †:

. . . Aber es wäre freilich kaum denkbar gewesen, daß diese Kräfte der Reaktion so stark werden konnten, wenn nicht der äußere Druck, das wirtschaftliche Elend ihnen zu Hilfe gekommen wäre. Und das muß man sagen: Sie haben es verstanden, alles Unheil unsers Vaterlandes für ihre Parteizwecke auszubeuten. Das Schmerzlichste bei alledem ist — wie es schließlich psychologisch begreiflich ist —, daß es diesen Triebkräften gelang, im vaterländischen Sinne das heiße, warme Gefühl der Jugend irrezuführen. Es ist schon ein seltsames Bild, eine Jugend, deren Blicke immer in die Vergangenheit gehen, während eine Jugend ihrer Natur nach in die Zukunft sieht. Ich habe manchmal die Empfindung, wenn ich in gewisse Kreise, besonders die akademischen, sehe: Herrgott, wie jung sind wir Alten und wie alt die Jungen!

Aber schätzenswert bei alledem ist jenes heiße, warme Gefühl, das um so inniger ans Vaterland sich schließt, je größer seine Not ist. Aber auf den richtigen Weg muß es geführt werden. Und daß es so irregeführt werden konnte, daran trägt, wie überhaupt für die Schwäche, die vielfach die demokratische Republik gezeigt hat — und diese Schwäche war viel größer als die Stärke der Gegner! —, die Schuld, daß jene feste Einheit, jenes selbstverständliche Zusammengehen, die seinerzeit die Weimarer Verfassungskoalition zusammenhielt, zum größten Teil unter dem Drucke des Versailler Friedens und gewisser sozialer und wirtschaftlicher Folgen davon, nicht mehr in der alten Festigkeit bestand. Und hier hat mit diabolischer Geschicklichkeit die Reaktion eingesetzt. Sie hat, wie aus der Demütigung durch das Ausland, so aus dem Angriff des Kommunismus gegen die bestehende Ordnung Nutzen gezogen, hat es ausgebeutet.

Die äußern und innern Feinde der deutschen Republik, wie ihre Freunde zur Rechten und zur Linken, arbeiten sich gegenseitig, unwissentlich vielleicht, an gewissen Stellen auch wissentlich, in die Hände. Und so hat man gewisse, leider nicht zu leugnende alteingewurzelte politische Schwächen des politischen Bürgertums ausnutzend, mit dem verlogenen Kampfruf: „Gegen den Marxismus!" einen Keil zu treiben versucht — und leider teilweise nicht nur versucht! — zwischen die Sozialdemokratie und die sogenannte bürgerliche Demokratie. Halten die nicht zusammen, dann ist die demokratische Republik nicht zu halten. Und da war es nun ein Augenblick innigster Freude für alle, denen die Republik, denen die Demokratie, denen die nationale Einheit nicht bloß der berühmte Boden der gegebenen Tatsachen ist, auf den sie sich mit süßsauerm Gesicht stellen, sondern denen die nationale Einheit in Form der demokratischen Republik eine Herzenssache, eine Sache der innersten Ueberzeugung, eine Sache ist, ohne die ihnen das Leben nicht lebenswert wäre — für sie war es ein Lichtblick, als nun die große Gegenbewegung einsetzte, die sich hier im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold verkörpert. Sie hat die beiden Hauptideen, vor allen Dingen die, daß die Frontkämpfer, die heldenhaft für Deutschland im Schützengraben gekämpft haben, die Pflicht haben, weiter zu kämpfen für die deutsche Einheit, für die deutsche Freiheit, nicht mehr im deutschen Schützengraben, nicht mehr mit den Waffen der Gewalt, aber in dem oft nicht minder schweren Kampfe des Rechts, im politischen Kampf, und daß die Jugend herangezogen werden muß zu diesem Ideal, daß sie auf die rechten Wege geleitet und ihr edles vaterländisches Gefühl damit in die rechten Bahnen gelenkt wird. Das Symbol alles dessen ist in der Tat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

An die Farben Schwarz-Rot-Gold knüpft sich die innige und feste Ueberzeugung, daß in der großen, freien, deutschen Staatsform sich alle deutschen Volksgenossen zusammenfinden müssen und werden, daß jene Trennung der deutschen Brüder in Oesterreich vom gemeinsamen Vaterland, die durch die Dynastien Habsburg und Hohenzollern verursacht war, durch den Wegfall dieser Dynastien wieder zusammenfinden müssen und werden. Die Farben Schwarz-Rot-Gold bedeuten für die ganze Generation den Traum der Einheit und der Freiheit.

Und so ist es denn von ganzem Herzen und von ganzer Seele zu begrüßen, daß jetzt gegen alle Angriffe, gegen alle Verunglimpfungen dieses Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold von starker Hand gehalten wird. Um dieses Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sammeln sich alle Kräfte ohne Unterschied der Weltanschauungen, sozialer Anschauung und was sonst die einzelnen sind, in der Ueberzeugung, daß nur die demokratische Republik das Heil Deutschlands, die Rettung, die Sicherung der nationalen Einheit, die Voraussetzung eines allmählichen Wiederaufstiegs unsers Vaterlandes ist.

*

General Körner, Wien:

Es ist ein erhebendes Gefühl für mich, Ihnen die Grüße meiner Freunde, der aufrechten Republikaner des österreichischen Stammes der Deutschen, bringen zu dürfen. Mit heller Freude haben wir das Entfalten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gesehen als sichtbares Zeichen, daß eine Reihe ganzer und aufrechter deutscher Männer den Kampf um die Republik aufgenommen hat, den Kampf um die Herzen und Geister aller Deutschen, um sie für Freiheit, Gleichheit, Vaterland — für Gerechtigkeit und Menschlichkeit, für deutsche Einheit und Freiheit zu begeistern.

Lassen Sie mich, als dem heute noch durch den Gewaltfrieden auswärts stehenden Deutschen, an einem Gedanken ausführen, was uns die Verfassung, was uns die deutsche Republik bedeutet.

Am 21. Oktober 1918 schon, als die andern Nationalitäten des österreichisch-ungarischen Staates sich selbständig gemacht hatten, traten auch die deutschen Oesterreicher zusammen, um über ihr Schicksal zu beraten. Der Obmann führte aus:

> Die Deutschen haben den Staat gegründet und haben ihm in selbstloser Treue unser Bestes an Kultur und Wirtschaft gegeben. Ohne Dank scheiden wir aus dem alten Staat, um unsers Volkes Zukunft auf uns selbst zu stellen und aus dem unversiegbaren Born unsrer Volkskraft ein neues, nur unserm Volke dienendes Leben zu beginnen.

Die ganze Tragik der Deutschen Oesterreichs, die ganze Tragik auch des österreichischen Heeres in dem furchtbaren Weltringen spricht aus diesen Worten. Zielstrebig gibt der Führer der Arbeiterpartei dem Willen seines Volksteiles Ausdruck: Bildung der Regierung, Uebernahme der Regierungsgewalt, Republik, Anschluß an das Deutsche Reich. Noch können die andern Führer der bürgerlichen Parteien diesem Willen nicht folgen und beharren auf der konstitutionellen Monarchie — das ist Habsburg!

Als aber am 9. November im Deutschen Reiche die Republik gesiegt hatte, da ergriff der republikanische Gedanke und der Anschlußwille die breiten Massen des Volkes, und am 11. November erklärte einstimmig der Staatsrat, am 12. November die Nationalversammlung: „Deutschösterreich ist eine demokratische Republik, Deutschösterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches . . ."

Und deshalb rufe ich Ihnen zu: Glück auf zu Ihrem Kampf! nicht nur nationeigendeutsch ist, sondern auch Menschlichkeitscharakter trägt und damit richtunggebend für menschliche Entwicklung ist. Die Reaktion bei uns oder bei Ihnen ist Habsburg oder Hohenzollern oder irgendeine Herrschaft, die uns Deutsche, wie immer geschichtlich bisher, trennen muß. Die Reaktion in politischer Hinsicht, Rückkehr und Gewaltanwendung bei Lösung innen- oder außenpolitischer Konflikte politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Natur, muß ebenso die Einigung der Deutschen verhindern als die friedliche Entwicklung.

Daher freue ich mich, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold es unternimmt, wie ein Wirbelwind mit dem Moder der Vergangenheit aufzuräumen, die veralteten Vorurteile wie auch träge Denkgewohnheiten wegzublasen und den Funken anfachen wird zur lodernden Flamme der Begeisterung für die Kulturfragen der deutschen Republik.

Und deshalb rufe ich Ihnen zu: Glückauf zu Ihrem Kampf! Es lebe das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold!

*

Reichskanzler a. D. Fehrenbach †:

Die Verfassung zählt auch heute noch viele und heftige Gegner. Namentlich die republikanische Staatsform ist der Stein des Anstoßes. Die Erinnerung an frühere glänzende Zeiten, die gefühlsmäßige Anhänglichkeit an alte Ueberlieferungen in Ehren, aber unter der Monarchie ist nach einem ungeheuern Ringen der Zusammenbruch erfolgt. Es wäre eine Ironie der Weltgeschichte, wenn von einer derartigen Katastrophe nur das schuldlose Volk leiden müßte.

Die deutsche Republik ist eine unausbleibliche Folge der monarchistischen Irrtümer. Diese Einsicht sollte, wenn auch nicht die Herzen, so doch wenigstens die Köpfe der deutschen Menschheit beleben und das ganze deutsche Volk in vaterländischer Arbeit einigen. Ich glaube, es entspricht dieser Gedächtnisfeier, wenn ich meine Rede schließe mit den Worten, mit denen ich damals meine Schlußansprache nach Annahme der Verfassung hier in diesen Räumen am 31. Juli 1919 gesprochen habe:

> Möge unser deutsches Volk fest geschlossen wie in den vergangenen Tagen im vereinten Vaterland unter der Sonne der Freiheit aus Sorge und Not den Weg finden zu jenen lichten Höhen, wo die Pflicht der oberste Leitstern ist, wo die Liebe zum Nächsten die gesellschaftlichen Zustände regelt, wo in edlem Wettbewerb alle Kräfte nur angespannt werden für die Wohlfahrt, Bildung und Gesittung. Das ist in der Geburtsstunde der Verfassung unser Wunsch für Volk und Vaterland.

Und ich denke, diesem meinem Wunsche von damals schließen wir uns auch heute am fünfjährigen Gedächtnistag des Verfassungswerkes aus vollem Herzen an.

*

Paul Löbe:

Wir saßen zu den Füßen des ersten Präsidenten der deutschen Nationalversammlung, der eben zu Ihnen gesprochen hatte, als ein erstes einsames Fähnlein Schwarzrotgold am 31. Juli 1919 am First dieses Hauses emporstieg und der deutschen Welt verkündete, daß das innerstaatliche Grundgesetz seiner Vollendung entgegengegangen war. Dieses erste einsame Fähnlein hat nur sehr langsam seine Nachfolger gefunden. Not, Zwietracht, Kraftlosigkeit, die uns zerrissen und die Hinterhältigkeit der Befürworter jener finstern und blutigen Vergangenheit hielten es auf. Ist es darum nicht ein herrlicher Gedanke, zu wissen, daß in dieser Stunde nach all dem Schweren vieltausendfach in deutschen Landen das Banner Schwarzrotgold emporsteigt?

Es ist im wesentlichen ein Verdienst des Bundes, den wir in Magdeburg gegründet haben, wenn in diesem Augenblick oben an der Wasserkante, wo ein starkes Geschlecht die Republik zu schützen gewillt ist, am Fuße der Alpen, wo eine rückschrittliche Regierung uns ersticken möchte, an Polens Grenze, in meiner schlesischen Heimat und drüben am Rheine das Schwarzrotgold aufmarschiert; am Rhein in dem Bewußtsein, daß nur die Republik den Rhein deutsch erhalten kann. Es hat lange gedauert, wir mußten erst hindurch durch die Perioden der Deutschen Tage mit ihrem Anbeten des Hakenkreuzes, des Obrigkeitsstaates, der Untertanengesinnung, der Knechtseligkeit und einer kurzen Periode, in der die Reaktionäre glaubten, sie stellten ganz Deutschland dar, eine Periode der unendlichen Ueberhebung, wo man uns beinahe eingeredet hätte, daß der der beste Patriot ist, der den höchsten Stahlhelm auf dem Kopf und den drohendsten Totenkopf am Rockkragen hat, in der man vergaß, daß die weiten Schichten, die die Güter Deutschlands mit ihrer Hände Arbeit schaffen, daß die alten Soldaten an einem Kriege genug haben in ihrem Leben, und daß die Jugend, die die Freiheit zu schützen bereit ist, auch ein klein wenig zum deutschen Volke gehört.

Wenn wir auf diese Periode zurückblicken, dann können wir es in dieser feierlichen Stunde nicht tun, ohne an die Namen Erzberger, Rathenau, Eisner, Gareis und vieler andrer uns zu erinnern, die für das tief in den Staub gebeugte deutsche Vaterland ihre ganze Kraft und ihr Leben eingesetzt haben.

Freilich, wir haben uns über ein andres zu beschweren, daß in diesem Jahre nur wenige deutsche Behörden den Mut gehabt haben, die Staatsform so zu vertreten und so zu verteidigen, wie sie es von früher gewohnt waren. Und wenn dieser Tag wirklich ein Tag der Republik sein sollte auch für diese, dann müßten die Logen dieses Hauses heute besetzt sein von den Vertretern aller deutschen Regierungen. Dafür hat sich das Volk hinter die Republik gestellt, die Kameraden, die ihr Leben schon einmal einsetzen mußten, die Jugend, die in ihrer starken Hand die Freiheit hält. Jetzt nimmt das Volk den Kampf auf und es wird auch mit der vererbten Anschauung aufräumen und nachweisen, daß es falsch ist, wenn behauptet wird, Demokratie und Republik seien undeutsch.

*

Dr. Ludwig Haas:

. . . Aber meine Freunde, auch das sei heute ausgesprochen: Die Republik hätte die Herzen der deutschen Männer und der deutschen Frauen stärker erfaßt, wenn mehr Demokratie im Westen, in Frankreich, in England und in Amerika vorhanden gewesen wäre. Die schlimmsten Feinde der deutschen Republik waren in Paris, in London und in Neuyork. Und wir wollen in dieser Stunde die Hoffnung aussprechen, daß jetzt in London der Geist von Versailles, der verderbliche Geist, der undemokratische Geist überwunden werden möge. Aber, meine Freunde, seien wir ganz gerecht: Auch uns selbst, uns Republikaner, trifft ein hohes Maß von Schuld. Wir haben in diesen 5 Jahren nicht so, wie es notwendig gewesen wäre, unsre Pflicht und Schuldigkeit getan. Wir hätten viel rücksichtsloser den Kampf für die Republik und gegen die Feinde der Republik führen müssen. Es ist ein schwerer Fehler, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold erst jetzt und nicht schon vor 4 Jahren gegründet worden ist. Kameraden! Was ist uns das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold? Es ist uns die Bekundung des Willens, wenn es sein muß, mit unserm Leben die Republik zu verteidigen, und das Reichsbanner ist die Erklärung weit hinaus und überall hin: unsre Geduld ist am Ende. Es ist die Erklärung: wir ertragen den Zustand

länger nicht mehr, daß die Republikaner in Deutschland, in der deutschen Republik rechtlos sein sollen. Und mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold erklären wir noch etwas andres: Wir wollen um des Vaterlandes und um seiner Zukunft willen die Staatsautorität festigen und schützen. — Es konnte kein Volk gesund und glücklich leben, wenn Beamte des Staates die Staatsform, deren Diener sie sein sollen, schmähen und verhöhnen.

Nicht um irgendwelcher staatsrechtlicher Theorien willen setzen wir uns ein für die Republik, sondern weil wir wissen, daß das deutsche Volk um seiner Zukunft willen die Republik und die Achtung der Republik braucht. Und wir sagen laut und deutlich und ohne jede Scheu: Der Beamte, der die Republik schmäht, der die Republik verachtet, der versündigt sich an seinem Vaterlande.

Das weitere ist das: Wir wollen uns nicht von Gymnasiasten und Studenten, die noch nichts gelernt haben, in den Bürgerkrieg hineinhetzen lassen. Wir wissen, es genügt schon, daß wir stehen und es wird manchen der Mut fehlen, die Republik anzugreifen. Wenn es sein muß, meine Freunde, dann sagen wir: Gewalt gegen Gewalt!

*

General Berthold v. Deimling:

Das Reich steht und fällt mit der Republik! Man sollte darum meinen, daß jeder Deutsche, der seinen Verstand beieinander und das Herz für sein Vaterland auf dem rechten Flecke hat, es als sittliche Pflicht empfinden müßte, sich dieser Republik ein- und unterzuordnen, sie zu respektieren und mitzuarbeiten zum Wohle des Ganzen. Allein, was erleben wir statt dessen auch noch? Weite Kreise, darunter leider die meisten meiner Standesgenossen, stehen verbittert, grollend und schimpfend beiseite. Sie leben und weben mit ihren Gedanken und ihrer Phantasie in der Vergangenheit, weil es dort schöner war. Sie entziehen sich der Gegenwart. Aber das Alte ist vergangen, siehe, es ist alles neu geworden! Die Erinnerung an all das Gute und Schöne in der Vergangenheit müssen wir gewiß hochhalten. Wir wollen uns daran stärken und aufrichten. Aber von Traditionen allein können wir nicht leben. Wir müssen uns mit dem, was in notwendiger Entwicklung heute Gegenwart und Wirklichkeit geworden ist, praktisch und handgreiflich abfinden . . .

Es gibt ja viele, die wohl einsehen, daß uns nur die Republik helfen kann, aber sie haben nicht die Kourage, sich dazu zu bekennen, sie fürchten, sie könnten für nicht patriotisch oder unnational gehalten werden. Nun, ein Patriot ist derjenige, der mithilft am Wiederaufbau des Vaterlandes auf Grund der bestehenden Staatsform. Wer hiergegen ankämpft, der ist kein Patriot, der will nicht den Wiederaufbau des Vaterlandes, der ist weiter nichts als ein nationalistischer Phrasenheld. Leider lassen sich viele Deutsche von diesen Phrasenhelden terrorisieren. Macht euch frei von dem, kommt mit unter das Reichsbanner, dann seid ihr in Wahrheit national und patriotisch.

Es ist darum ein wahrer Segen und ein Glück für unser Vaterland, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in so machtvoller Organisation, wie wir es heute hier sehen, erstanden ist. Das Reichsbanner wird an der Republik nicht rütteln lassen. Es wird ein Gegengewicht sein gegen die unreifen und schädlichen Kriegshetzereien der Hakenkreuzler, Stahlhelmer, Wikinger und wie sie alle heißen, und wird der Welt zeigen, daß nicht jene irregeleiteten nationalistischen Chauvinisten die Meinung des deutschen Volkes repräsentieren, sondern daß die große Mehrheit des deutschen Volkes den Frieden will und die Verständigung mit den andern Völkern. —

Thesen zum großdeutschen Einheitsstaat

Von Reichsminister a. D. Dr. Erich Koch, Vorsitzendem der Deutschen demokratischen Partei.

1. Unitarismus und Dezentralisation — Einheit und Gliederung — sind die Vorbedingungen für die Organisation jedes Großstaates. Die Zentrale muß so schlagfertig und unabhängig gestaltet werden, daß sie die Lebensfragen der Nation unbehindert lösen kann. Sie muß sich frei halten von der Beschäftigung mit allen Aufgaben, die von andern Instanzen gelöst werden können. Die Lösung dieser Aufgaben kann nur in Verbänden, die mit eigner Verantwortung arbeiten, also in Verbänden mit Eigenverwaltung (Landesverwaltung oder Selbstverwaltung) erfolgen. Das Maß, in dem Aufgaben an diese Verbände abgegeben werden können, hängt davon ab, inwieweit die politische und wirtschaftliche Lage des Gesamtstaates eine straffe Zusammenfassung der Geschäfte erfordert und inwieweit die Gefahr besteht, daß zentrifugale Kräfte in den Verbänden die ihnen übertragenen Aufgaben im Gegensatz zu den Interessen des Gesamtstaates zu lösen versuchen. Mit dem Selbstbestimmungsrecht der Verbände kann ein maßvolles Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht an den Angelegenheiten des Gesamtstaates verbunden sein.

2. In der 1000jährigen Geschichte des deutschen Volkes ist weder die Einheit noch die Gliederung des Reiches in befriedigender Weise ausgebildet worden. Der sogenannte gesunde Föderalismus im „Römisch-Deutschen" Reich und im Deutschen Bunde war nichts als ein dynastischer Partikularismus, der sich gegen Kaiser und Reich kehrte, der die deutschen Länder untereinander sich im Kampfe zerfleischen ließ, mit den Feinden des Reiches abschloß, wenn es die Sicherheit des Thrones oder die Erweiterung der Hausmacht galt und der dem Einheitsstaat Frankreich den Weg an den Rhein geöffnet hat.

3. Bismarck hat in seiner Verfassung den Süddeutschen Reservatrechte eingeräumt, weil er ihre Zustimmung zu der Reichsgründung sonst nicht erreichen konnte. Diese Reservatrechte sind Sonderrechte einzelner und daher nicht föderalistisch, sondern partikularistisch. Im übrigen hat Bismarck in seiner Reichsverfassung unter Beibehaltung einer föderalistischen Terminologie (verbündete Regierungen, vertragsmäßige Grundlagen des Reiches) ein Reich geschaffen, das unter der Form des Förderalismus und Konstitutionalismus einen hegemoniellen Unitarismus schaffte, der alle Macht auf den Kaiser häufte.

4. Nach dem Zusammenbruch des alten Reiches hat das deutsche Volk treuer und einheitlicher zusammengehalten als es je die Fürsten in der Not getan haben. Nicht durch Vertrag zwischen Fürsten oder Ländern, sondern allein aus dem Gesamtwillen des souveränen Volkes ist das neue Reich entstanden. Der Föderalismus hat mit dem Wegfall der Fürsten und dem Wegfall der vertragsmäßigen Grundlagen des Reiches seine innere Berechtigung verloren. Das tausendjährige Streben des deutschen Volkes nach Einheit wird erst im deutschen Einheitsstaat erfüllt.

5. Der heutige Föderalismus hat nichts mit den Eigenarten der deutschen Stämme zu tun. Er ist nicht Stammesföderalismus, sondern Staatenföderalismus, oder richtiger Staatenegoismus. Von den 13 deutschen Stämmen sind sieben ganz und drei teilweise im preußischen Staate vereint, ohne ihre Eigenart eingebüßt zu haben. Im zentralistisch regierten Bayern bilden Schwaben und Franken die Mehrheit.

6. Bei allem Bestreben, die Eigenart der deutschen Stämme aufrechtzuerhalten, läßt sich die Tatsache nicht verkennen, daß Deutschland nur eine Kultur, nur eine Wirtschaft hat. Fast alle freien Verbände, die das Volk aus eigner Initiative geschaffen hat, erstrecken sich über das Reichsgebiet. Das Reich folgt nur dieser Entwicklung.

7. Zu dem politischen Gedanken der deutschen Einheit tritt heute der wirtschaftliche Gedanke der Rationalisierung hinzu. Man kann der deutschen Wirtschaft keine Rationalisierung zumuten, wenn man im deutschen Staatsleben an dem irrationellen Zustand des Neben- und Gegeneinanderregierens festhält. War nach dem Kriege das Volk noch erfüllt von der Erinnerung an die übertriebene und unfähige Zentralisation der Kriegsverwaltung und deshalb dem Unitarismus, den es damit verwechselte, abgeneigt, so hat sich heute die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Doppelarbeit oder richtiger die achtzehnfache Arbeit in allen Angelegenheiten des Reiches, die Reibungen und die ungesunden Wettbewerbsbestrebungen zwischen den Ländern, sowie die übertriebene Ausdehnung des parlamentarischen Getriebes auf 18 Länder in Deutschland unerträglich und unerschwinglich ist.

8. Die Revolution hat es versäumt, den dezentralisierten Einheitsstaat herbeizuführen. Unsre Aufgabe ist es jetzt, im Wege aktiver Evolution den Uebergang herbeizuführen. Dabei steht der Gedanke einer Neureglung der Landesgrenzen erst an zweiter Stelle. An erster Stelle steht die Vereinheitlichung unsers Staatslebens und die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Reiches. Hierauf ist bei jedem Reichs- und jedem Landesgesetz Bedacht zu nehmen.

9. Zu verneinen ist deshalb in erster Linie die Souveränität der Länder, die entgegen dem Inhalt der Verfassung und ihrer Auslegung durch die Wissenschaft (Anschütz) der gegenwärtige Reichsminister des Innern bejaht hat. Aus dem Souveränitätsgefühl Bayerns, nicht aus dem Streit um irgendwelche Zuständigkeiten sind fast alle Reibungen Bayerns mit dem Reich entstanden. Man denke nur an die Widersetzlichkeit des Ministerpräsidenten v. Kahr, an die Unterstützung des Verrats des Generals v. Lossow durch die bayrische Regierung, an die Weigerung des Herrn Held, das bayrische „Auswärtige Amt" aufzulösen, weil es ein „Symbol der Souveränität Bayerns" sei.

10. Ein friedliches Zusammenarbeiten und eine vernünftige Zuständigkeitsreglung zwischen den Ländern und dem Reiche wird erst möglich sein, wenn der falsche Souveränitätsgedanke ausgeräumt ist.

11. Aus demselben Gesichtspunkt heraus ist auch die Aufrechterhaltung von Gesandtschaften zwischen den deutschen Ländern als Rudiment aus alter Zeit zu beseitigen.

12. Die Aufrechterhaltung von 18 Parlamenten und ihnen verantwortlichen Ministerien ist überholt. Auf Zeit gewählte Ministerien und kleine Vertretungskörper ohne reichspolitische Ambitionen nach Art der Schweizer Verfassung und der deutschen Städteverfassungen werden im allgemeinen den Bedürfnissen der deutschen Länder besser entsprechen.

13. Auf die Behandlung der deutschen Kulturaufgaben durch das Reich in ihren wichtigsten Fragen kann nicht verzichtet werden. Auch dem Ausland gegenüber ist das Deutsche Reich zur Vertretung der einheitlichen deutschen Kultur berufen. Das gleiche gilt für die deutsche Wirtschaft und die Kontrolle ihrer übermächtigen Organisationen.

14. Die doppelten Kosten, die heute durch die Aufrechterhaltung von Landesanstalten neben Reichsanstalten entstehen, sind zu beseitigen. Auf einer Reihe von Gebieten, z. B. auf dem Gebiete des Wohnungswesens und Wohlfahrtswesens, ist eine weitgehende Dezentralisation der Einzelaufgaben notwendig. Alles, was irgendwie zur Dezentralisation geeignet ist, ist an die Länder abzugeben, um Herz und Kopf der Zentrale für die Lebensaufgaben der Nation frei zu halten.

15. Die Zuständigkeit des Reiches auf dem Gebiete der Gesetzgebung reicht allein nicht aus, wenn das Reich keinen Einfluß auf die Ausführung der Reichsgesetze hat. Dem Reiche fehlt ein eigner Verwaltungsunterbau. Die Reichsgesetze werden zu ausführlich und zu kasuistisch, weil das Reich mangels des Rechts, die Ausführungen zu beeinflussen, alle Einzelheiten gesetzlich regelt. Wenn die Schaffung von Reichsunterbehörden vermieden werden soll, müssen die Aufsichtsbefugnisse des Reiches über die ausführenden Länderorgane in dem Sinne verstärkt werden, wie es im ersten preußischen Verfassungsentwurf vorgesehen war.

16. An der Finanzhoheit des Reiches darf nicht gerüttelt werden. Jedoch sind den Ländern und Gemeinden eigne Einnahmequellen und Zuschlagsrechte einzuräumen. Der Zustand, daß Länder und Gemeinden lediglich Taschengeldempfänger des Reiches sind, muß beseitigt werden. Sparsamkeit wird nur dann wieder in die öffentliche Verwaltung einziehen, wenn wer die Ausgaben bewilligt, auch für die Schaffung der Einnahmen verantwortlich ist.

17. Bei einer territorialen Neugliederung des Reiches ist an dem Bestande der mittelgroßen Länder festzuhalten. Es bedarf einer Zwischenverwaltung zwischen Reich und Gemeinden. Der Name „Länder" trifft diese Stellung. Auch die Hansestädte werden ihre Aufgabe wohl dauernd am besten als selbständige Gebilde lösen.

18. Preußen mit seiner überragenden Größe ist im Rahmen des Deutschen Reiches kein Land wie die andern, auch kein Stamm- oder Wirtschaftsgebiet. Es ist der Vorläufer des deutschen Einheitsstaates. — Aber der Versuch, Preußen durch Auffaugung aller übrigen deutschen Länder zum deutschen Einheitsstaat werden zu lassen, ist seit 1866 aufgegeben und kann nicht wieder aufgenommen werden. Er würde nur im Wege schwerer Auseinandersetzungen mit den aufzunehmenden Staaten in Angriff genomemn werden können. Und spätestens vor den süddeutschen Staaten stocken. — Der Plan, Preußen zum Reichsland zu erklären, würde die Einheitlichkeit der Verwaltung und die Kraft des Reiches stärken. Er stellt aber an die Entsagung der Preußen schwere Anforderungen und würde vermutlich in den außerpreußischen Teilen Deutschlands mit Mißtrauen aufgenommen werden. Preußen wird einmal seine Mission erfüllt haben, wenn der deutsche dezentralisierte Einheitsstaat fertig ist. In ihm kann es aufgehen, es durch neue Mittelstaaten zu beseitigen, wäre 1919 gefährlich gewesen und ist es noch heute. — Eine bessere Fühlung zwischen dem Reich und Preußen kann als Notbehelf dadurch geschaffen werden, daß von Fall zu Fall ein oder mehrere Reichsminister, namentlich der im Reichsrat präsidierende Minister, gleichzeitig preußische Minister sind.

19. Die Aufrechterhaltung der Zwergländer bedeutet die Aufrechterhaltng von Zerrbildern ebenso für einen föderalistischen Staat wie für einen unitarischen. Sie durch die Reichsfinanzgesetzgebung zu begünstigen ist unerträglich. Ist ihre Beseitigung auf andern Wegen nicht möglich, so sind sie auf Grund des Artikels 18 Abs. 1 der Reichsverfassung durch verfassungsänderndes Reichsgesetz zu beseitigen.

20. Es ist Aufgabe des Reiches, gemäß Artikel 18 Absatz 1 Landesgrenzen da zu verändern, wo sie der wirtschaftlichen oder kulturellen Höchstleistung des Volkes im Wege sind. Eine Vermittlung des Reiches darf in solchen Fällen nicht abgelehnt werden. Bleibt sie erfolglos, so ist der in Artikel 18 Absatz 1 der Reichsverfassung vorgesehene Weg der verfassungsändernden Reichsgesetzgebung zu beschreiten.

21. Zur Vollendung des deutschen Einheitsstaates gehört die Aufnahme Oesterreichs ins Reich. Die Aufnahme Deutschösterreichs in den deutschen Einheitsstaat bereitet keine verfassungsmäßigen Schwierigkeiten. Der Eintritt ist möglich in der Form, daß entweder Deutschösterreich als ein Land eintritt unter Beibehaltung seiner gegenwärtigen Länder als Gaue oder daß die österreichischen Länder für sich getrennt eintreten.

22. Wenn der deutsche Parlamentarismus durch die Konzentrierung der Parlamentstätigkeit auf das Reich verbessert, wenn entsprechend der neuzeitlichen Entwicklung die Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern abgegrenzt sind, wenn dem Reich eine Kontrolle der Landesbehörden ermöglicht ist und wenn endlich den gröbsten Gebiets- und Grenzungeheuerlichkeiten durch eine wirksame Initiative des Reiches abgeholfen ist, ist die Entwicklung des Reiches zum Einheitsstaat gefördert, aber nicht vollendet. Wenn dieser erste Schritt getan ist, wird man sich über die zweite Etappe schlüssig machen können. —

Die Bedeutung der Gewerkschaften für den Einheitsstaat

Von P. Graßmann.

Kein Volk der Erde dürfte in seinem Empfinden und Wollen, Fühlen und Handeln vollkommen homogen sein. Nicht nur der einzelne ist — und zwar steigend im Maße seiner kulturellen Entwicklung — im tiefsten Wesenskern individualistisch. Auch große Gruppen von Menschen unterliegen denselben Bedingungen, beeinflußt von einer gewissen Eigenart des Bodens und des Himmelstrichs, die ihre Lebensweise bestimmt, von andern Gruppen unterschieden durch dialektische Färbung der Sprache, uralte Sitten und Gebräuche, besonderes geschichtliches Schicksal und endlich durch Tradition und Verhältnis zur Metaphysik. Selbst Völker mit alter Geschichte weisen diese Unterschiede auf. Man denke nur an diejenigen, die sich z. B. in Frankreich ergeben, wo der Provenzale, der Normanne, der Pikarde oder der Savoyarde, der Baske u. a. charakteristische Merkmale der vorbezeichneten Art aufweisen, an Großbritannien, wo Engländer, Walliser, Schotte und Ire sich in obigem Betracht streng voneinander scheiden, von den Bewohnern der Eidgenossenschaft ganz zu schweigen, wo auf kleinem Territorium drei Nationen nebeneinander hausen. Was sie und ungezählte andre aber eint, was sie trotz der sozialen Schichtung und innerpolitischen Kämpfe nach außenhin fast ausnahmslos als Repräsentanten ihres Volkes und Volkstums auftreten läßt, ist ein sehr starkes Bekennen zur eignen Nation, zum eignen Staat. Daran ändern auch internationale Bindungen und Interessen nicht viel.

Im Gegensatz zu diesem bewußten oder unbewußten Betonen eignen Volkstums steht das charakteristische Verhalten des Deutschen, der selten vergißt, sofort seine Staatszugehörigkeit als Preuße, Bayer, Sachse, Württemberger, Hanseat usw. zu betonen. Woher ist das abzuleiten, während Engländer, Schotte und Ire nur als „Briten", Nord- oder Südgallier als „Franzosen", Kalabrier oder Pimontese als „Italiener" dem Ausländer gegenübertreten? In diesen Ländern, oder doch mindestens in den beiden ersten, hat verhältnismäßig frühzeitig eine starke Zentralgewalt die Herrschaft der großen Grundherren — wenigstens politisch — beseitigt und so die Grundlagen für ein starkes Nationalbewußtsein geschaffen, während in Deutschland der Jammer der Kleinstaaterei zahlreiche „Vaterländer" fortbestehen ließ. Auch die Revolution hat diesen Mißstand nicht ganz beseitigt und so die Schaffung einer starken Reichsgewalt für lange Zeit verhindert. Zwar machten sich in den ersten Jahren nach der Umwälzung die Schäden weniger bemerkbar; in neurer Zeit aber mehren sich die Zeichen, die jeden ernsthaften Bekenner zur deutschen Republik veranlassen müssen, auf der Hut zu sein, um so mehr, als wir aus der leidensvollen Geschichte Deutschlands wissen, wieviel Unglück die Ohnmacht der Reichsgewalt gebar.

Zu den ernsthaftesten und treusten Bekennern zur demokratischen Republik zählen zweifellos die breiten Schichten des arbeitenden Volkes, zählen insbesondere jene, die zur Besserung der eignen Lage wie der der Arbeitsgenossen vom Gedanken der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zur Tat schritten — die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften. Und zwar ohne Unterschied der „Richtung". Denn die Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung gewerkschaftlicher und damit sozialer und wirtschaftlicher Arbeit sind für die „Christen" und „Hirsche" nicht minder unentbehrlich wie für die „Freien". Mögen sie sich in ihren Endzielen, in der Taktik und Methodik heute noch da und dort unterscheiden, Licht und Luft brauchen sie alle auf ihrem Wege, das heißt Staatsform und Gesetze, die ihnen Freiheit der Vereinigung und Gleichheit bei der Auseinandersetzung mit dem wirtschaftlichen Gegner gewährleistet. Das war ja nicht immer so, und vielen, die frühere Zustände ebensowenig kannten wie die heißen Kämpfe um deren Aendrung, kann ein Rückblick auf Gewesenes und Ueberwundees erst eine gerechte Beurteilung des Gegenwärtigen und ein kluges Abwägen der Kräfte für die kommenden Aufgaben ermöglichen.

Erst 37 Jahre sind verflossen seit dem Falle des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie, das zwar dem Namen nach diese politische Partei vernichten oder doch knebeln sollte, mindestens aber im gleichen Maße den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter den Garaus zu machen bestimmt war. Und diese Absicht wurde auch verwirklicht, denn nur ganz wenigen Gewerkschaften gelang es, ihre Existenz während der 12 Jahre des Schandgesetzes zu fristen. Aber auch nach dessen Ablauf 1890 trat eine fühlbare Erleichterung kaum ein. Der 3. Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. 1899 erklärte in einer gegen das angekündigte Zuchthausgesetz (durch das die Anreizung zum Streik mit Zuchthaus bestraft werden sollte) gerichteten Entschließung: „. . . In Deutschland (mit Ausnahme weniger Bundesstaaten) führt die Unterstellung der gewerkschaftlichen Organisationen unter die eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts bezweckenden Vereinsgesetze dazu, daß die Ausübung des im § 152 der Gewerbeordnung garantierten Koalitionsrechts von dem guten oder schlechten Willen der Polizeibehörden abhängig ist. Diese handeln aber keineswegs nach einheitlichen gerechten Grundsätzen, sondern lassen es zu, daß die Unternehmerorganisationen ungehindert und ungestraft die vereinsgesetzlichen Bestimmungen übertreten können, während den Arbeiterorganisationen durch fortgesetzte Eingriffe der Behörden die Ausübung ihrer Tätigkeit nicht nur erschwert, sondern vielfach nahezu unmöglich gemacht wird."

Der Gesetzentwurf wurde zwar am 20. Oktober 1899 vom Reichstag abgelehnt, die parteiische Behandlung der organisierten Arbeiter durch zahlreiche Behörden, deren liebevolle Sorgfalt für Streikbrecher und Spitzel, ihre absolute Duldung von Uebergriffen der Unternehmer aber blieb. Ja, die erstarkende Macht der Gewerkschaften veranlaßte noch 1914 Großindustrielle, Mittel- und Kleinunternehmer, Bank- und Handelskapital zu stürmischen Forderungen nach einem verstärkten Arbeitswilligenschutz und nach Unterdrückung eines angeblich von den Arbeiterorganisationen und ihren Mitgliedern gegen Andersgesinnte ausgeübten Terrorismus! Der Ausbruch des Weltkriegs ließ diese neuen Attentatsversuche auf das ohnehin unzulängliche Koalitionsrecht nicht gesetzgeberisch ausreifen, wie er anderseits die gewerkschaftlichen Forderungen auf eine zeitgemäße Aendrung des Vereinsgesetzes von 1908 vorläufig unerfüllt ließ.

Während des Krieges trat ein gewisser Umschwung in der Bewertung der Gewerkschaften durch die gesetzgebenden und administrativen Faktoren ein. Die Vereinsgesetznovelle 1916 brachte einige Erleichterungen, das Hilfsdienstgesetz 1916 führte schon direkte Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften herbei, z. B. in der Frage der künftigen Behandlung der „Gelben". Ende November 1917 übermittelte die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands dem Bundesrat und Reichstag eine Reihe von gewerkschaftlichen Friedensforderungen betreffend Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Sozialversicherung, Arbeitszeit, Hygiene und Unfallverhütung, Heimindustrie, Kinderschutz, Arbeiterinnenschutz, Seemannsrecht und Seemannsschutz und Durchführung des Arbeiterschutzes — die kurz vorher auf einer in Bern stattgefundenen internationalen Gewerkschaftskonferenz als beim Friedensschluß an alle Regierungen zu stellende Forderungen einmütig aufgestellt worden waren. Das Jahr 1918 brachte dann die Aufhebung des die Koalitionsfreiheit fast unwirksam machenden § 153 der Gewerbeordnung, die Schaffung des Reichsarbeitsamts (als Vorläufer des Reichsarbeitsministeriums) unter der Leitung von Gustav Bauer und am 15. November jene Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und den großen Arbeitgeberverbänden, die praktisch die Anerkennung der Gewerkschaften als der „berufenen Vertreter der Arbeiterschaft", die Preisgabe der „Gelben", den Achtstundentag, den paritätischen Arbeitsnachweis, die Anerkennung der Arbeiterausschüsse, die Verpflichtung zu Kollektivvereinbarungen (Tarifverträgen) usw. in sich schlossen.

In zähem Ringen hatten die Gewerkschaften den Boden vorbereitet, der nunmehr ein Ringen unter gleichen Bedingungen gewährleistete, ein Ringen um wirtschaftlichen Einfluß. Damit hatte sich auch ihre Stellung zum Staat gewandelt. Der alte Obrigkeitsstaat sah seine Aufgabe in der Niederhaltung der arbeitenden Klassen, deren Befreiungskampf aus wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Fesseln ihn mit Furcht und Grauen erfüllte. Selbst in sozialpolitischer Beziehung glaubte er höchstens Konzessionen machen zu dürfen, wie sie der aufgeklärte Absolutismus andern Kulturproblemen gegenüber sparsam zugestand. Was hier geschah, sollten die Arbeiter lediglich als Geschenk einer wohlwollenden, gütigen Staatsallmacht betrachten, nicht aber als Ergebnis eigner Anstrengungen. Um alles in der Welt aber sollte an den Pfeilern einer Gesellschaftsordnung nicht gerüttelt werden, die als Inbegriff aller Weisheit zu verehren selbst von den Parias dieser Gesellschaft verlangt wurde. Und nun ein Umschwung der Verhältnisse, der diese Herdentiere zu Staatsbürgern, diese Objekte der Gesetzgebung und Verwaltung zu gleichberechtigten Sachwaltern ihrer eignen Interessen machte, der zudem diesem neuen Staat absolute Pflichten gegenüber allen Volksgenossen zumaß, Rechte an Stelle von Wohltaten und Fürsorge verlieh.

Vielleicht zeigt dokumentarisch diesen gewaltigen Unterschied zwischen einst und jetzt am besten ein Vergleich zwischen den beiden Verfassungen vom 16. April 1871 und 11. August 1919 auf. Dort schließen die deutschen Fürsten „einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes". Hier, in der Weimarer Verfassung lautet der Artikel 1: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Und wie hier das Volk nicht mehr dem Wohlwollen seiner Fürsten überantwortet, sondern Schmied seines eignen Geschickes ist, so bedeutsam auch der Wandel in sozialer Beziehung. Die Pflicht zur, aber auch das Recht auf Arbeit wird proklamiert und demjenigen, dem „angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann", der „notwendige Unterhalt" gewährleistet. Vor wenigen Wochen hat der Reichstag das Arbeitslosenversicherungsgesetz verabschiedet, ein Werk (in Verbindung mit dem Arbeitsnachweis, mit Berufsausbildung und -umschulung), aufgebaut auf dem Gedanken der Selbstverwaltung, zwar behaftet mit allerlei Mängeln, aber doch so gestaltet, daß vor 10 Jahren gewiß niemand an seine Verwirklichung geglaubt hätte. Der Artikel 165 der Weimarer Verfassung bezeichnet Arbeiter und Angestellte als „berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit der Unternehmern an der Reglung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken" und erkennt ihre beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen an. Die Republik schuf ferner auf sozialpolitischem Gebiet: das Betriebsrätegesetz, die Schlichtungsordnung, das Arbeitsnachweisgesetz, das Arbeitsgerichtsgesetz usw.

Es ist also einiges vorhanden, was die neue Staatsform dem Gewerkschafter wertvoll erscheinen läßt. Daß Gesetze allein nicht genügen, Unbilligkeiten mit Stumpf und Stiel auszurotten, daß auch die besten Gesetze versagen, wenn über Auslegung und Durchführung keine starken Wächter gesetzt sind, ist bekannt, ebenso, daß sie soziale Ungerechtigkeit nicht voll beseitigen können. Das bleibt der Rührigkeit, dem Pflichtbewußtsein, der Zielsicherheit und klaren Erkenntnis von Verhältnissen und Kräften der Benachteiligten vorbehalten. Aber die Bahn zum freien Spiel der Kräfte ist nahezu frei, die frühern gesetzlichen Fesseln sind gefallen. Die Lösung der größten Aufgabe der emporstrebenden Arbeiterschaft, nicht nur Geltung und Einfluß auf die Wirtschaft zu gewinnen, sondern sie mit zu dirigieren, um sie endlich zu beherrschen und so aus ihr ein Werkzeug der Befriedung der Völker und der Wohlfahrt für alle Menschen zu machen, steht ihr noch bevor. Das Tempo zur Erreichung des Ziels hängt ab von der Reife und Kraft der eigentlichen Träger der Wirtschaft, der Arbeitnehmer. Ueber die Grenzen des Landes, über die Kontinente hinaus reichen die internationalen wirtschaftlichen Bindungen und Verflechtungen der Völker. Meistern können sie nur diejenigen, die ihr eignes Haus in Ordnung gebracht, es stark, gebietend und wohnlich gemacht haben, und so die andern Völker bewegen können, mit ihm in Frieden und Eintracht zu leben. Dabei ist aber jede innere Hemmung vom Uebel, das heißt auch die vielen überflüssigen innern Landesgrenzen. Nur der Einheitsstaat kann uns das Ziel erreichen lassen. Dazu müssen wir selber den Einheitsstaat aber auch wollen!

Marx und Hörsing

In der Zeitschrift „Deutsche Republik" schreibt Joseph Wirth:

„Mit folgendem Schreiben hat Reichskanzler Doktor Marx seinen Austritt aus dem Reichsbanner angezeigt:

Ober-Grainau, 23. Juli 1927.

An den Vorstand des Reichsbanners,
z. Hd. des Herrn Oberpräsidenten Hörsing,
Magdeburg.

Mit Rücksicht auf verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit, insbesondere auf die Kundgebung des Vorstandes des Reichsbanners an den Republikanischen Schutzbund in Wien, die eine unberechtigte Einmischung in die politischen Verhältnisse des befreundeten Oesterreichs und eine schwere Herabsetzung und Beleidigung der Bundesregierung enthält, erkläre ich meinen Austritt aus dem Reichsbanner. Hochachtungsvoll

Marx, Reichskanzler.

Auf ruhiger Bergeshöhe kam mir dieses Schreiben zu Gesicht. Es hat mich nicht überrascht. Es war mir schon längst klar geworden, daß Herr Dr. Marx dem Reichsbanner gegenüber Distanz suchte. Wir erinnern uns alle an die bewegten Wochen, wo Herr Dr. Marx als Kandidat des Volksblocks, von den Scharen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in vielen deutschen Städten begrüßt, seine Wahlreden als Präsidentschaftskandidat gehalten hat. Schwarzrotgold beherrschte das Feld. Die Träger von Schwarzrotgold waren die Bannerträger seiner Kandidatur. Zwei Jahre gingen ins Land. Sie ließen Erinnerung verblassen. Die Entfremdung wuchs. Man mußte bald damit rechnen, daß nicht nur rasch, sondern auch gierig jeder Anlaß aufgegriffen werden würde, um den Kandidaten des Volksblocks von Schwarzrotgold abzudrängen. Ich hätte allerdings nie geglaubt, daß der Austritt aus unsern Reihen in so knapper, überstürzter Form vor sich gehen würde, wie er durch das vorstehende Schreiben tatsächlich erfolgt ist. Es war mir nicht sofort möglich, den Text der Kundgebung Hörsings vom 18. Juli zu bekommen. Ich kombinierte und machte mir Gedanken darüber, worin wohl Hörsings „schwere Herabsetzung und Beleidigung der österreichischen Regierung" bestehen könnte. Hörsings Aufruf vom 18. Juli lautet:

Ein österreichisches Gericht in Wien hat fascistische Mörder freigesprochen. Eine Explosion des Volkszorns war die Folge. Ungeeignete Maßnahmen der Polizei gaben disziplinlosen und verbrecherischen Elementen die Möglichkeit durch Brandstiftung und ähnliche Untaten das Ansehen der österreichischen Republikaner zu gefährden. Die Hilflosigkeit der österreichischen Regierung hat das Unheil zu einer Katastrophe werden lassen und dann unsre Kameraden vom österreichischen Schutzbund zu Hilfe gerufen, die im heroischen Kampfe das Chaos verhütet, die Unruhen lokalisiert, das Blutvergießen beendet haben. Zum Dank für diese Rettuntstat wird der Schutzbund jetzt in schmählichster Weise von Fascisten und Kommunisten verleumdet und beschimpft. Reaktionäre und Kommunisten scheuen sich nicht, ihre Hoffnung auf bewaffnete Intervention ungarischer und italienischer Fascisten zu setzen. Den Kameraden vom Republikanischen Schutzbund Oesterreichs dankt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für ihre Tat, die dem innern und äußern Frieden dient. Wir geloben dem Schutzbund unverbrüchliche Treue und Freundschaft und sichern ihm volle Unterstützung zu. Die von Spitzeln durchsetzten fascistischen und kommunistischen Organisationen suchen auch in Deutschland Unruhen zu stiften, um dann im trüben zu fischen, was sich aus vielen Nachrichten der letzten Tage ergibt. Wir warnen alle Provokateure klar und eindeutig, es nicht zu versuchen, die österreichischen Vorkommnisse in Deutschland zu wiederholen. Unsern Kameraden aber rufen wir zu: Haltet unsre Reihen sauber, stählt die Disziplin! Die am nächsten Sonntag in Magdeburg tagende Reichskonferenz unsers Bundes wird unser Handeln für die nächste Zeit bestimmen. Frei Heil!

Vielleicht ist es gut, wenn unsre Freunde diesen Aufruf zweimal lesen. Was steht denn darin? Harte Worte fallen gewiß. Der Aufruf spricht von „disziplinlosen und verbrecherischen Elementen". Er brandmarkt die Brandstiftung als Untat. Er wendet sich an die Kameraden im Reichsbanner. Er mahnt sie, er beschwört sie, Disziplin zu halten. Das ist gewiß kein Frevel. Das ist einfache Menschenpflicht. So spricht der Freund zu seinen Freunden, so der Führer zu den Scharen seiner Anhänger, so der staatspolitische Mann zu den Wählern, so der Führer von Schwarzrotgold zu den Millionen, die sich um die Fahne der deutschen Einheit und Freiheit zusammengefunden haben. Hörsing

hat das Wiener Unglück in richtiger Erkenntnis der in der Tiefe Europas schlummernden revolutionären Energien dazu benutzt, die dumpf grollenden Mächte, die unter dem Drucke seufzen, in die Bahnen staatspolitischer Gesinnung zu weisen. Hörsing hat getan, was als Vorsitzender seine Pflicht war. Er appelliert an den zur Disziplin erzogenen Menschen. Er findet dafür keine Anerkennung. Auch der Brief des Herrn Reichskanzlers läßt jede Anspielung auf die selbstverständliche Pflichterfüllung Hörsings vermissen.

Gewiß, Hörsings Kundgebung hat auch seine schwache Stelle. Er spricht von der „Hilflosigkeit der österreichischen Regierung". Das war das Vergehen, das den Anlaß gab, dem Reichsbanner den Rücken zu kehren. Darob kein Gram und kein Groll. Aber was ist nicht alles in Deutschland in den letzten Jahren an fremden Regierungen ausgesetzt worden! Nicht nur an Regierungen, sondern auch an den politischen Systemen, die in andern Ländern herrschen! Es ist geradezu eine Sucht der Deutschen geworden, das, was andre an Staatspolitik entwickeln, am eignen engen parteipolitischen Maßstab zu beurteilen und herabzusetzen. Was die Rechtskreise in dieser Beziehung in den letzten Jahren geboten haben, ist sogar völlig unübertreffbar. Dagegen ist Hörsings Mißgriff ein Kinderspiel. Vielleicht wäre es Hörsing angenehmer gewesen, von einer starken Regierung in Oesterreich zu sprechen. Aber kann eine Regierung eines Landes stark sein, die durch den Friedensvertrag fast zur Ohnmacht verurteilt ist? Muß man denn die „Hilflosigkeit", von der Hörsing spricht, gleich als bösen Willen verstehen? Vielleicht ist Hörsings Gedankengang tiefer als die Kritik seiner Neider und Gegner. Es wird lehrreich sein, künftig zu beachten, was die deutschen Regierungen tun werden, wenn wieder einmal von irgendeiner Seite her an einer fremden Regierung unfreundliche Kritik geübt wird. Wir wollen einmal die Stimmen der Rechten daraufhin in Zukunft prüfen, ob sie sich dem fernhalten, was die heutige Rechtsregierung als politisches Vergehen glaubt brandmarken zu müssen.

Hörsings Wort wandte sich an lebendige Menschen, an solche, denen die Fahne Schwarzrotgold ein Symbol ist. An Menschen, die wissen, weshalb sie dem Reichsbanner angehören. Sie verstehen Hörsings Appell, wie er gemeint war: „Haltet die Reihen sauber!" Der Zwischenfall wird ihre Begeisterung nicht beeinträchtigen. Die große Macht der ungeteilten Begeisterung für die Ideen des neuen Staates wird in Leipzig mächtig zum Ausdruck kommen. Mögen das unsre Gegner wohl verstehen!" —

Reichsbanner-Beobachter

Der „Stahlhelm"-Wirrwarr.

Eine Notiz des „Anhalter Kuriers" vom 2. August lautet:

Eine Führersitzung der Ortsgruppe der ehemaligen Stahlhelmer aus Stadt und Kreis Bernburg fand am Sonntag nachmittag in Bernburg statt. Es wurde einstimmig beschlossen, sich keinesfalls wieder der Stahlhelm-Bundesleitung unterzuordnen, dagegen unterstellten sich sämtliche Führer der politischen Leitung des Kapitäns Ehrhardt, der persönlich an der Sitzung teilnahm. Kapitän Ehrhardt hat die Wahrung der Interessen der Vereinigung übernommen.

Da soll einer noch daraus klug werden: erst tritt man aus dem „Stahlhelm" aus, gründet eigne Ortsgruppen, und dann unterstellt man sich wieder der Führung eines Stahlhelmvorstandsmitgliedes, tritt aber nicht wieder ein! Wer repräsentiert nun eigentlich den richtigen Stahlhelm? Die ausgetretenen Ehrhardtleute oder die sitzengebliebenen Seldteanhänger? Oder sind beide nicht die echten Stahlhelmer, sondern nur Duesterberg und sein Gefolge? Die Organisation des Stahlhelms scheint immer komplizierter zu werden. Heil ihm! —

*

Ein entgleister Stahlhelmführer.

Der Kaufmann Wallis war bis vor kurzer Zeit Führer und Befehlshaber des Kieler Stahlhelmbundes. Er ist aktiver Offizier gewesen, hat viele Orden bekommen und war somit berechtigt und befähigt, den von „kameradschaftlichem Geist" durchglühten Stahlhelmbund zu leiten.

Eines Tages pumpte er zwei zahlungsfähige nationale Herren um 600 Mark an. Während die Darlehnsgeber annahmen, das Geld sei für den Stahlhelm bestimmt, verwendete es Wallis für sich. Die Angelegenheit führte zu einer ehrengerichtlichen Auseinandersetzung, bei der W. freigesprochen wurde. Damit schien der Fall erledigt zu sein, bis im Februar 1927 dem Staatsanwalt eine Anzeige zuging, die ein Verfahren wegen Untreue gegen W. auslöste und mit der Verurteilung des Stahlhelmführers zu 200 Mark endete.

Aeußerungen, die W. vor Gericht tat, ließen die Hintergründe der Anzeige erkennen. Die Anklage wäre zustande gekommen, weil im Stahlhelmbund ein Rivalitätskampf um die Führerschaft entbrannt sei. „Ehrgeizige Leute, mit denen ich Ehrenhändel hatte, die auch im Zuhörerraum sitzen (im Zuhörerraum sitzt der Stahlhelmführer Schlichting) haben mich der Staatsanwaltschaft überliefert. Kameradschaftlicher Geist ist im Stahlhelm nicht zu finden."

Selten wohl hat ein Staatsanwalt so harte Worte gegen einen Angeklagten gebraucht wie in diesem Falle. „Sehen Sie sich doch nur den Angeklagten an, und Sie werden erkennen, wer er ist. Er mag ein guter aktiver Offizier gewesen sein, ein Führer ist er nicht. Fast alle Kameraden im Stahlhelm hat er angepumpt."

Eine Säule der Stahlhelmbewegung ist geborsten. Ob sie aus „verbrecherischer Neigung" geborsten ist, dies zu behaupten, muß schon dem Staatsanwalt überlassen bleiben. Wenn aber schon der Geist in der Stahlhelmbewegung besteht, derartige Dinge aus kameradschaftlichen Gründen zu verdecken, so mag es vom Standpunkte treudeutscher Gesinnung auch möglich sein, aus Ehrgeiz heraus seine Kameraden zu denunzieren. Wir danken für diesen Geist. —

*

Reichswehr mit schwarzweißroter Kokarde.

Im Uniform- und Mützengeschäft von A. C. K. Kimm in Stettin, Lindenstraße 28, werden Kokarden zum Verkauf gestellt, die in der Form der Reichswehrkokarde ähneln, in der Farbe jedoch von ihr abweichen. Die Kokarden zeigen auf weißem Grunde einen schwarzen Adler mit roten Fängen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, die Absicht, schwarzweißrote Kokarden zu schaffen, zu erkennen. Auf Befragen wurde erklärt, daß diese Kokarde besser zu dem silbernen Eichenkranz, den die Reichswehrangehörigen an der Mütze tragen, passe. Es ist auch beobachtet worden, daß diese Kokarde von Reichswehrangehörigen getragen wird.

Wir haben es hier mit einem gerissenen Geschäftemacher zu tun, der die Tatsache, daß die Reichswehr des öfteren als Staffage für schwarzweißrote Veranstaltungen verwendet wird, in klingende Münze umzuwerten versucht. Das tollste ist jedoch, daß die Kokarde getragen wird, ohne daß anscheinend von den dazu berufenen Stellen gegen diesen Vorstoß gegen gewisse Vorschriften eingeschritten wird. Wir machen uns wenig Hoffnung, daß der Appell an den Herrn Reichswehrminister, in Stettin einmal nach dem Rechten zu sehen, erfolgreich sein wird. —

*

Bayrischer Generalston.

Jeder von uns Reichsbannerkameraden freut sich, wenn er einmal nach langer Zeit einen alten Feldzugskameraden desselben Truppenteils wieder trifft und mit ihm Erinnerungen guter und böser Art austauschen kann. Und so ist bei den Regimentsusw. Festen wohl auch immer ein gewisser Prozentsatz Republikaner gewesen, früher mehr, dann immer weniger und heute nur noch ausnahmsweise. Und auch diese letzten werden sich in Zukunft bald völlig zurückgezogen haben. Und das mit gutem Recht!

Warum? Antwort: Weil dieses entsetzliche Gewäsch und diese hirnverbrannten Redeergüsse alter abgetakelter Exzellenzen kein Mensch, der noch seine fünf Sinne beisammen hat, mehr ertragen kann, weil kein ehrlicher Volksfreund sich mehr von unter der Maske von „Kameraden" sich ihm nähernden Reaktionären für deren persönliche egoistische Ziele einspannen lassen will, und weil es jedem aufrechten Menschen als eine Gesinnungslumperei erscheint, wenn die hetzerischen Generale und sonstigen ehemaligen „Größen" der wilhelminischen Zeit in ihren Reden die deutsche Republik und ihre Symbole beschmutzen, aber sich nicht scheuen, von dieser Republik ihre Pensionen zu nehmen!

Was an Grotesken geleistet wird, zeigte auf dem Regimentstag der bayrischen Zwanziger in Lindau der General Ritter von Braun. Nachdem er über den internationalen Verbrüderungsdusel" sich ausgelassen hatte, tobte er über den „ohnmächtigen Alten" und meinte damit den Reichspräsidenten! Sodann heißt es weiter: „Der ruhmreiche deutsche Adler verbirgt bei solchem Anblick vor Ekel und Abscheu den Kopf in dem sich sträubenden Gefieder..."

Diese Blütenlese mag genügen! Auf solche Feste gehört kein anständiger Frontsoldat hin! —

Festabzeichen
sollen bleibende Andenken darstellen, deshalb muß die Ausführung eine künstlerische sein.
Verlang. Sie meine Muster und Preise.
Louis Ahronheim
Inh Kamerad Alfred Arnson
Berlin-Steglitz, Birkbuschstraße 9.

Gut erhaltene Musikinstrumente
(11 Stück Martinshörner) preiswert zu verkaufen
Anfragen an 12400
Joh. Temmen, Leer (Ostfrsl.) Augustenstraße
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ortsgruppe Leer (Ostfrsl.)

Kameraden! 12397
Sommerhemd Doppeltuch, 3.75 Mk.
Winterhemd Flanell . . . 5.15 Mk.
Erscheint überall einheitlich mit dem
Reichsbanner-Sporthemd
JANSEN & WOLLENS
Bremen, Admiralstraße 21, Rol. 10151
Bei Bestellungen Halsweiten angeben!

DIE PEITSCHE DES AUGUST SCHMIDT
Zwischen Ford und Lenin.
Eine leider nur halbwahre Geschichte.
So lautet der Titel eines Romans von
General von Schoenaich
worin auch das Reichsbanner eine Rolle spielt. Das über 200 Seiten starke Buch, welches im September bei uns erscheinen wird, kostet 2.80 Mk., Ganzleinenband 4 Mk. Vorausbestellungen bis 1. September werden für 2.50 Mk. bezw. 3.50 Mk. von uns erledigt.
Fackelreiter-Verlag G. m. b. H.
Bergedorf 12222
Postfach 49 Postscheck: Hamburg 9955.

Reichsbannerfahnen
in jeder Ausführung und alle Vereinsartikel, auch Kappen, liefert
Magdeburger Fahnen-Fabrik
G. Lidde, Magdeburg
Johannisberg 8, I. Telephon 3918
Gegr. 1856

Seit 20 Jahren größte Auswahl in Qualitäts-Musikinstrumenten. Herabgesetzte Preise

Wolf & Comp., Klingenthal Sa. Nr. 504
Gr. Katalog umsonst. Aufträge von Mk. 10.— an portofrei. Schallplatten Mk. 1.50 per Stück

Preuß. Klassenlotterie
Ziehung 1. Klasse am 14. und 15. Oktober
Höchstmöglichster Gewinn:
2 Millionen
Haupttreffer:
2 zu 1 Million — 2 zu 200000
4 zu 500000 — 10 zu 100000
2 zu 300000 — 4 zu 75000
usw.

Lospreise: 1/8 1/4 1/2 1/1 (Doppellos)
Mk. 3.- 6.- 12.- 24.- 48.-
5 Klassen, verteilt auf 5 Monate; jede Klasse derselbe Preis.
Zahlung nach Empfang der Lose.
M. Fricke, Staatl. Lotterie-Einnahme
Harburg (Elbe)
Lüneburger Straße 32
Postscheckkonto: Hamburg 74200

Verlangen Sie im eigenen Interesse gratis mein neues für Sie vorteilhaftes Sonderangebot über alle **Musikinstrumente,** Schwalbennester usw. usw.
genau nach Verbandsvorschrift
Zahlungserleichterung

C. A. Wunderlich
Siebenbrunn 104
(Vogtl.) Gegr. 1854

FAHNEN f. Ortsgruppen gestickt und gemalt
Bänder aller Art, Abzeichen, Hausflaggen liefert äußerst preiswert
Godesberger Fahnenfabrik
Otto Müller, Godesberg am Rhein.
1221

Musik- und Tambourzüge
Trommeln, Pfeifen, Hörner, Lyren, Tambourstäbe, China-Becken, Trommelfelle, Jazzband usw.
Musikinstrumente aller Art billigst
Verlangen Sie Katalog vom Bundesgenossen
H. Goldschmidt, Stettin 1
Reifschlägerstraße 13.
Auf Wunsch Teilzahlung.

Es liegt klar auf der Hand
daß die Qualität unserer
R.B. Zigaretten
bedeutend verbessert ist. Dies beweist der in letzter Zeit um ein Vielfaches gestiegene Umsatz. Ein Versuch wird jeden Kameraden von der Güte und dem milden Geschmack überzeugen
Reitaba Zigarettenfabrik
Hamburg 6. 12242

Fahrräder Fahrradreifen Zubehör
Sprechmaschinen, Uhren, Musikinstrumente aller Art, kaufen Sie zu billigst. Preisen bei „Hannibal"-Gesellschaft, Katalog 5 gratis. Halle a. S. Teilzahlung erlaubt.

Reichsbanner-Koppel
m. Schulterr. aus dunkelbr. Blankleder. Koppel 45 mm breit mit Reichsb.-Schloß. Preis der Garnitur Mk. 5. Bei Mehrabn. Preisermäß. Bei Bestellung Leibweite angeben. Muster zur Ansicht an Ortsgr. kostenfrei
Kamerad Fr. Klinge, Sattler, Adendorf (Kreis Lüneburg)

—Waffen, Munition, Feuerwerke, Fackeln, Illuminationen, Signalmittel
Robert Dertz
Kassel' Kölner Str. 15
Ruf 12-54 12315

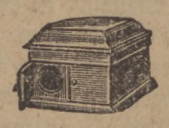
Heirat wünschen viele vermögende Damen, reiche Ausländerinnen, viele Einheiratungen, Herren auch ohne Vermögen. Auskunft sofort. Stabrey, Berlin 113, Stolpische Str. 48. 12327

Gasthof Stünz
Leipzig, Thielemannstr. 1
Standquartier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold
Straßenbahnlinie 2, 3 u. 4
Inh.: Oskar Jünemann
12399

Wachsfackeln
fabriziert
H. Keuer, Berlin S 42
Wassertorstraße 33 12266

Anzeigen-Annahme-Schluß für Nr. 17 vom 1. September am 23. August.

Hausmusik auf Kredit!

1 Mark Wochenrate an 12306

Erstklassige Sprechapparate!
Unsere Preise 35.–, 48.–, 59.– Mk. usw.
Verlangen Sie sofort kostenlos allerneuesten Katalog A 1
Musikhaus E. Feldhammer & Co.
Berlin S 42, Ritterstraße 34.

Republikaner
die in den republikanischen Kreisen bekannt sind, als
Vertreter
für hochaktuelle Sache bei außergewöhnlich großer
Verdienstmöglichkeit
gesucht
Gutenberg-Druckerei, Mainz 12394

Moritz Hugo Jakob
Markneukirchen 78
Beste Bezugsquelle für Musikinstrumente aller Art. Welches Instrument wird gewünscht? Preisliste kostenlos.

Klassenjustiz
Lest
Ernst Toller
Justiz
Erlebnisse.
brosch. 3,— Leinen 4,—
„Das Buch ist eine furchtbare Belastung des kulturellen Ansehens der deutschen Republik"
Zu beziehen durch:
E. Laubsche Verlagsbuchhandlung
Berlin W 30
Verlangen Sie kostenfrei Katalog.

Und dann die — Lebensgefahr!
Viele Radfahrer, die auf billigen Maschinen sitzen, sind sich der großen Gefahr oft gar nicht bewußt. — Glauben Sie denn, daß ein billiges Fahrrad das gleich gute Material haben kann, wie die Marke NSU? — ! — ? Unmöglich! — Der Preis regelt sich nach der Beschaffenheit sämtlicher Einzelteile. — Wenn während der Fahrt das Lenkrad bricht, muß man Glück haben mit einem billigen Rad. Lassen Sie sich nicht täuschen. Kaufen Sie das gute Rad, kaufen Sie NSU. Es ist das Beste, was Sie tun können.
NSU Greif zu!
NSU Vereinigte Fahrzeugwerke A.-G., Neckarsulm.
Wenden Sie sich an den nächsten NSU-Vertreter.